

Freiwilligenstrategie 2020

Protokoll: Erstes Treffen des Strategieforums, 05.06.2013

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

TOP 1: Begrüßung und Vorstellung der Mitglieder

Herr Dr. Franke (BASFI, Abteilungsleiter Integration, Bürgerschaftliches Engagement, Opfer-schutz) begrüßt die anwesenden Personen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellen sich kurz vor.

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in Vertretung anwesend. Aus dem Bezirk Altona ist noch keine Vertretung für den Bereich Gesundheit benannt worden.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden gebeten, rechtzeitig Vertretungen zu benennen und diese dem Referat Bürgerschaftliches Engagement (s. Kontakt unten) mitzuteilen.

TOP 2: Kurze Darstellung der Ausgangslage der Freiwilligenstrategie 2020

Herr Dr. Franke stellt kurz die Ausgangslage der Freiwilligenstrategie 2020 vor. Diese geht auf das Bürgerschaftlichen Ersuchen vom 14.11.2012 zurück (Drs. 20-5856). Die Federführung für die Beantwortung der Drucksache liegt bei der BASFI und ist für das 1. Quartal 2014 vorgesehen. Inhalt des Ersuchens sind die Verbesserung unterschiedlicher Engagementbereiche wie Anerkennungskultur, das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft oder die Präsentation Bürgerschaftlichen Engagements im Internet und Social Media-Bereich.

Die Entwicklung der Freiwilligenstrategie ist mit einem breit angelegten Beteiligungsverfahren verbunden, bei dem neben dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk unterschiedliche Akteure aus allen Bereichen des freiwilligen Engagements einbezogen werden. Am 13.04.2013 hat eine große Auftaktveranstaltung im Restaurant MAZZA stattgefunden, bei der im Rahmen eines World Cafés erste Ergebnisse zu den oben genannten Themen gesammelt wurden. Die Ergebnisse sind in der bereits versendeten Broschüre dokumentiert.

TOP 3: Vorstellung des Beteiligungsprozesses und Aufgabe des Strategieforums

Herr Dr. Maaß (BASFI, Referatsleiter Bürgerschaftliches Engagement) stellt die Beteiligungsstrategie vor, die auf unterschiedlichen Gremien beruht. Dazu gehören das Strategieforum, die überbehördliche Arbeitsgruppe zum Bürgerschaftlichen Engagement und unterschiedliche Arbeitsgruppen und Veranstaltungen (s. Kurzkonzept Beteiligungsstrategie, das bereits verschickt wurde).

Für die Erarbeitung der Ergebnisse wurden zwei Formate gewählt. Arbeitsgruppen werden für hauptsächlich originär Hamburger Themen durchgeführt; Veranstaltungen haben eher eine zielgruppenspezifische Ausrichtung und greifen Themen auf, die auch außerhalb Hamburgs diskutiert werden und beispielsweise Gegenstand von überregionalen Untersuchungen sind.

Diskussion/ Nachfragen:

Zum Strategieforum:

Eine Vertretung der Körber-Stiftung fragt nach, warum im Bürgerschaftlichen Ersuchen steht, dass die Freiwilligenstrategie zusammen mit dem AKTIVOLI-Landesnetzwerk entwickelt werden soll. Herr Dr. Maaß erläutert, dass für die Strategie möglichst alle Bereiche des Bürgerschaftlichen Engagements beteiligt werden sollen. Hintergrund ist, dass im AKTIVOLI-Landesnetzwerk beispielsweise der Landesjugendring sowie der Katastrophenschutz nicht vertreten sind. Auf Nachfrage des Geschäftsführers des Landesjugendrings, um welche Rechtsform es sich bei dem Netzwerk handelt, antwortet ein Sprecher des AKTIVOLI-Landesnetzwerks, dass es sich bei dem Netzwerk um einen Zusammenschluss von 50 Verbänden und Trägern handelt.

Die Vertretung der Körber-Stiftung merkt an, dass die Zusammensetzung des Strategieforums sehr „klassisch“ ausgerichtet ist und beispielsweise kleinere Träger nicht aufgeführt sind. Herr Dr. Franke antwortet darauf, dass für die Auftaktveranstaltung und alle weiteren Arbeitsgruppen und Veranstaltungen über 300 Personen aus allen Bereichen des Bürgerschaftlichen Engagements eingeladen wurden, von denen auch solche aus kleinen Vereinen vertreten sind.

Die Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen fragt nach, ob die Senatskanzlei auch bei der AG der Behörden dabei ist. Herr Dr. Maaß antwortet, dass sie eingeladen wurde, bisher aber nicht an den Treffen teilgenommen hat.

Herr Dr. Maaß erläutert noch einmal, welche Ziele mit der Freiwilligenstrategie und den in dem Ersuchen ausgewählten Themen erreicht werden sollen. Zum einen sollen die Strukturen effizienter gemacht und das Zusammenspiel zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft verbessert werden. Zum anderen sollen die Weichen für eine Umsetzung der entwickelten Maßnahmen gestellt werden. Außerdem soll selbstverständlich insgesamt dazu beigetragen werden, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren.

Die Sprecher des AKTIVOLI-Landesnetzwerks erläutern den Hintergrund für das Bürgerschaftliche Ersuchen: Durch den Regierungswechsel war die Sorge entstanden, dass eine Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements über die Legislaturperiode abbricht. Die Strukturen sollten verbessert und konkrete Maßnahmen zu unterschiedlichen Themenfeldern entwickelt werden. Hintergrund des Ersuchens ist auch die Erkenntnis des letzten Freiwilligen surveys, nach dem zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sich engagieren würden, dies aber aus unterschiedlichen Gründen bisher nicht tun.

Zu Veranstaltungen:

Herr Dr. Maaß erläutert das weitere Vorgehen hinsichtlich der Durchführung der Veranstaltungen. Zusammen mit dem Anmeldeformular für die Arbeitsgruppen wurde ein Formular für die Teilnahme an Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen versendet. Im Anmeldeformular für die Veranstaltungen waren noch keine Termine vorgegeben.

Geplant ist, dass die Veranstaltungen im Oktober oder November stattfinden. Im August wird es hierzu ein Treffen geben, bei der die bisherigen Überlegungen zur Durchführung der Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert werden können. Zu diesem Termin werden alle Personen eingeladen, die sich über das Anmeldeformular angemeldet haben.

TOP 4: Weiteres Vorgehen des Strategieforums als Beratungsgremium

Zum Austausch mit der federführenden Behörde:

Herr Dr. Maaß stellt klar, dass es sich bei dem Strategieforum um ein Beratungsgremium und nicht um ein Entscheidungsgremium handelt.

Die Entwürfe der Senatsdrucksache werden dem Strategieforum zur Diskussion vorgelegt.

Darüber hinaus besteht jederzeit die Möglichkeit, an das Referat Fragen zum Prozess zu stellen und Anregungen zu geben. Auch Vorschläge für die Tagesordnung des nächsten Termins sind erwünscht.

Herr Dr. Franke informiert darüber, dass alle Unterlagen zur Freiwilligenstrategie (z.B. Termine, Protokolle, Konzepte) in Kürze auf der Internetseite unter www.hamburg.de/engagement unter einer gesondert eingerichteten Seite „Freiwilligenstrategie 2020“ eingestellt werden.

Zum Austausch zwischen Strategieforum und Arbeitsgruppen:

Dem Strategieforum werden alle Protokolle und Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt und können dann in diesem Gremium diskutiert werden. Eine Prüfung und Bewertung der Ergebnisse ist erwünscht. Auch eine beratende Funktion wird erwartet bzw. Anregungen für die Arbeitsgruppen und Veranstaltungen werden gerne aufgenommen und an die entsprechenden Gremien zurückgegeben. Wichtig ist allerdings zu betonen, dass die Arbeitsgruppen in ihrer Arbeitsweise, in der Themenwahl und in ihren Ergebnissen unabhängig sind.

Zur Frequenz der Treffen:

Es werden zwei bis drei weitere Treffen bis zum Ende des Jahres vorgeschlagen. Herr Dr. Franke betont, dass das Gremium mindestens bis zur Vorlage der Senatsdrucksache im 1. Quartal 2014 bestehen sollte. Es sollte dann überlegt werden, ob das Gremium auch über diesen Zeitpunkt hinaus tagen sollte, z.B. um die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen zu begleiten.

Das nächste Treffen soll Ende August stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt wird die 2. Runde der Arbeitsgruppen abgeschlossen sein und ein Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen im Oktober/ November gegeben werden können.

Zur Form der Diskussion und Festlegung der Ergebnisse des Forums:

Es besteht Einigkeit darüber, dass das Strategieforum keine formale Geschäftsordnung erhält.

Bei der Frage des Umgangs mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen und Veranstaltungen bzw. dem Entwurf der Senatsdrucksache wird vereinbart, dass die BASFI auf entsprechende Mehrheitsvoten bzw. Sondervoten innerhalb des Strategieforums hinweisen würde.

TOP 5: Vorstellung und Diskussion der Themenschwerpunkte

Herr Dr. Maaß erklärt, dass die versandten Inputpapiere zu den jeweiligen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen nur als Gesprächsgrundlage dienen und keine festgelegten Beschreibungen oder Positionen sind. Auch eine Flexibilität der Themen und Inhalte ist möglich, allerdings sollten die Fragen des Bürgerschaftlichen Ersuchens eine gewisse Orientierung bei der Beantwortung der Drucksache darstellen.

Aufgrund der beschränkten Zeit wurde lediglich das Inputpapier zum Thema „Dialog Staat – Wirtschaft – Zivilgesellschaft“ besprochen.

Herr Dr. Maaß erläutert den Inhalt des Inputpapiers. Ziel der Akteure Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist es, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Herr Dr. Maaß führt aus, dass unterschiedliche Problematiken hierbei vorliegen. Hinsichtlich des Staates gilt es, die verschiedenen Behörden, die mit dem Thema befasst sind, zu einem besseren Zusammenwirken zu motivieren. Auch wenn von Seiten der Zivilgesellschaft gelegentlich Unmut über diverse Vorgaben des Staates zu spüren ist (z.B. Förderung der Freiwilligenagenturen), darf eine Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements nicht gleichzeitig bedeuten, dass sich der Staat zurückzieht.

Im Hinblick auf die Wirtschaft stellt sich die Frage, was mit der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements überhaupt gemeint ist und ob diese bereits in die Unternehmensstrategie integriert ist.

Auch im Hinblick auf die Zivilgesellschaft, gibt es die Schwierigkeit, dass es sich um sehr unterschiedliche Akteure handelt, die nur teilweise über Netzwerke bereits vernetzt sind.

Schließlich wird auf das Stiftungswesen Bezug genommen, das sich verstärkt um eine Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements bemühen und tragfähige Projekte entwickeln will.

Diskussion/ Nachfragen:

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaft Bundes bemerkt, dass sich Freiwillige, die beispielsweise im Pflegebereich tätig sind, ausgenutzt fühlen würden, wenn sich der Staat aus der Förderung zurückzieht.

Er fragt außerdem nach, wie es in Hamburg mit dem Engagement von Unternehmen aussieht und inwiefern freiwillig Tätige in Unternehmen unterstützt werden. Er bemerkt hierzu, dass in den USA eine entsprechende Engagementkultur sehr viel ausgeprägter ist.

Eine Vertretung der Behörde für Inneres und Sport (Bereich Katastrophenschutz) erklärt, dass im Katastrophenschutz eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Hilfsorganisationen besteht. Fragen beispielsweise zur Freistellung von Freiwilligen, zur Qualifizierung und Ausbildung Freiwilliger oder zur Anerkennungskultur werden schon bearbeitet.

Er bemerkt außerdem, dass es nicht eine einzige gemeinsame Strategie geben wird, sondern eine Vielfalt unterschiedlichen Vorgehens behalten werden sollte. Eine Vertretung aus der Behörde für Inneres und Sport (Direktor Sportamt) unterstützt dieses Argument und verweist darauf, dass das Inputpapier zu konsensual formuliert ist. Als bedeutender wird seiner Meinung nach die genaue Definition der Rollen von unterschiedlichen Akteuren erachtet. Am Ende einer Strategie steht nach ihm die Funktion des Bürgerschaftlichen Engagements und

nicht die „Harmonie“. Auch ein Sprecher des AKTIVOLI-Landesnetzwerks unterstützt dieses Argument, indem er neben der Rollenklärung des Staates, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch die Klärung des Verhältnisses zwischen den Bezirken und der Landesbehörde hervorhebt und die Rolle der Wirtschaft als Chance begreift.

Eine Vertretung der Handelskammer Hamburg bestätigt die Themen des Inputpapiers. Seiner Meinung nach gibt es unterschiedliche Gründe und Motive für Unternehmen (z.B. persönliche Bedürfnisse, Marketing-Gesichtspunkte) eine Kultur des Bürgerschaftlichen Engagements zu fördern. In der Handelskammer gewinnt das Bürgerschaftliche Engagement allerdings eine zunehmende Bedeutung. Geplant ist u.a. die Einrichtung eines Arbeitskreises für Unternehmen, in dem das Ziel verfolgt wird, das Bürgerschaftliche Engagement in den Unternehmen zu erhöhen.

Die Vertretung der Körber-Stiftung bemerkt generell, dass Stiftungen nicht das ersetzen können, was der Staat an Infrastruktur leistet. Sie weist außerdem darauf hin, dass der Aspekt der Partizipation wichtig ist und in der Senatsdrucksache behandelt werden sollte. Herr Dr. Maaß antwortet darauf, dass dieser Aspekt aufgrund des großen thematischen Umfangs bewusst ausgelassen wurde, aber in der Präambel Erwähnung finden könnte.

TOP 6: Termin nächstes Treffen

Es wird vorgeschlagen, das nächste Treffen auf max. drei Stunden auszuweiten. Das nächste Treffen findet am 21. August 2013, um 15.30-18.30 h, in der Hamburger Str. 41, 3. Stock, Raum M (neben der Kantine) statt.

Bisherige Vorschläge für die Tagesordnung:

- Bericht Arbeitsgruppen
- Planung Veranstaltungen
- Diskussion weiterer Inputpapiere

Weitere Tagesordnungspunkte können gerne benannt werden.

Für Nachfragen/ Anregungen etc. wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle:
Herrn Jens Grapengeter, Tel.: 42863-3891, jens.grapengeter@basfi.hamburg.de

oder an den Referatsleiter des Referats für Bürgerschaftliches Engagement: Herrn Dr. Michael Maaß, Tel.: 42863-4697, michael.maass@basfi.hamburg.de

Sandra Hofmann

